

Adrian Hasler: «Ein Kahlschlag kommt für mich nicht infrage»

Interview Im Gespräch mit dem «Volksblatt» blickt Regierungschef Adrian Hasler auf den Auftakt des politischen Herbstes zurück. Hasler stellt klar, dass beim Staatspersonal Einsparungen nötig seien, einen Kahlschlag aber schliesst er aus.

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Herr Regierungschef, das Massnahmenpaket III wurde vom Landtag behandelt. Wo stehen wir nun bei der Sanierung des Staatshaushaltes?

Adrian Hasler: Wenn ich an die intensiven Diskussionen im Landtag denke, dann bin ich mit dem Resultat sehr zufrieden. Es war mir von Anfang an klar, dass das Massnahmenpaket vom Landtag nicht einfach nur mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wird. Wir haben als Regierung die Aufgabe, Massnahmen aufzuzeigen, um die Finanzierungslücke von 52 Mio. Franken zu schliessen. Dies haben wir gemacht und der Landtag ist uns in den meisten Punkten gefolgt. Auch bei den kontrovers diskutierten Themen «Erhöhung Mindestertragssteuer» und «Entkoppelung Sollertrag - Eigenkapitalzinsabzug» hat der Landtag die Stossrichtung bestätigt, jedoch die Anträge der Regierung leicht abändert. Die Erhöhung der Mindestertragssteuer wird ab 2015 nochmals evaluiert, bleibt aber in der Finanzplanung 2014-2017 enthalten. Anstelle der Entkoppelung werden mit der Wirtschaft alternative Lösungen erarbeitet.

Der Landtag forderte weitergehende Massnahmen im Personalbereich. Wie stehen Sie dazu?

Mir ist klar, dass das im Massnahmenpaket III aufgezeigte Sparziel im Personalaufwand noch nicht aus-

reicht. Ich habe auch bereits angekündigt, dass wir nebst den bereits getroffenen Massnahmen die Prozesse analysieren und optimieren werden. Zudem werden wir auch die Leistungen, die die Verwaltung erbringt, einer Überprüfung unterziehen. Hier liegt durchaus Potenzial. Mir ist dabei jedoch wichtig, dass dieser Prozess mit der richtigen Systematik angegangen wird. Meine Devise lautet: Zuerst denken - dann handeln.

Könnte man nicht schneller agieren? Der Personalaufwand in der Landesverwaltung liegt in den ersten 8 Monaten dieses Jahres um knapp 2 Prozent unter dem Vergleichswert 2012. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Stellenbestand um über 20 Stellen reduziert. Sie sehen, unabhängig von der letztendlichen Zielgrösse schlägt sich der von der Regierung eingeschlagene Weg in den Zahlen nieder. Wir haben den Prozess zur Nachbesetzung deutlich verschärft. Ein Kahlschlag jedoch, wie oft gefordert, kommt für mich nicht infrage. Als Arbeitgeber hat die Regierung - und auch der Landtag - eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung. Diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen.

Die Erhöhung der Mindestertragssteuer von 1200 Franken auf 1900 wurde vertagt. Wie geht es weiter? Ich bin mir bewusst, dass die Erhöhung der Mindestertragssteuer bei verschiedenen Finanzplatzakteuren auf grossen Widerstand gestossen ist. Aufgrund der aktuellen Finanzlage des Staates sowie der Pflicht gemäss Finanzhaushaltsgesetz, die Lücke mit konkreten Massnahmen zu schliessen, hat sich die Regierung dennoch entschieden, die Erhöhung in das Massnahmenpaket III aufzunehmen. Wir sprechen hier immerhin von 16 Mio. Franken. Der Landtag hat sich dafür ausgesprochen, die Erhöhung in der zweiten Hälfte

der Legislaturperiode erneut zu evaluieren. Sollten sich die erwarteten Mehreinnahmen nicht einstellen, dann wird die Regierung die Erhöhung erneut einbringen.

Die Sanierung der Pensionsversicherung des Staatspersonals wurde vom Landtag ohne grosse Abänderungen befürwortet. Dies muss Sie doch freuen?

Es freut mich, dass der Landtag die hohe Dringlichkeit der Vorlage erkannt und entsprechend die von der Regierung aufgezeigte Lösung unterstützt hat. Dies ist ein sehr gutes Zeichen, welches den Kurs der Regierung bestätigt. Ich möchte auch betonen, dass wichtige Anliegen des Landtages aus der ersten Lesung in die Vorlage eingeflossen sind. Dies zeigt, dass die Regierung sich wirklich bemüht hat, eine ausgewogene Lösung vorzulegen.

Was sind die nächsten Schritte der Regierung?

Nachdem der Landtag die gesetzlichen Grundlagen beschlossen hat, werden wir unverzüglich die Arbeiten für den Aufbau der neuen Sammelstiftung vorantreiben. Wir müssen die Zeit nutzen, damit die neue Vorsorgeeinrichtung per Mitte 2014 starten kann.

Wie gehen Sie mit der Initiative von Nikolaus Frick um?

Die Initiative Win-Win wird derzeit gemäss Volksrechtgesetz auf ihre Verfassungsmässigkeit hin geprüft. Die Regierung hat zur Wahrung einer bestmöglichen Objektivität ein externes Gutachten bei zwei renommierten Spezialisten in Auftrag gegeben. Sobald das Gutachten vorliegt, wird die Regierung den Bericht dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen.

Während der Landtagssitzung wurde auch das Steuerabkommen mit Österreich beschlossen. Vonseiten der Treuhänder kommt aber Kritik



Im Gespräch mit dem «Volksblatt» erläutert Regierungschef Adrian Hasler wie es vor allem in Sachen Staatshaushalt nun weitergehen soll. (Foto: Michael Zanghellini)

Ich bin mir der Kritik der Treuhändervereinigung bewusst. Gleichzeitig befürworten der Bankenverband und auch die Industrie- und Handelskammer (LIHK) die ausgearbeitete Lösung ausdrücklich. Aus meiner Sicht ist es wichtig, das Abkommenspaket als Ganzes zu bewerten. Das Abkommenspaket gewährleistet eine umfassende Regelung der steuerlichen Zusammenarbeit mit Österreich durch die Regularisierung der Vergangenheit und die Sicherstellung der grenzüberschreitenden Steuerkonformität für die Zukunft. Ganz zentral für die Zukunft ist die Anerkennung der liechtensteinischen Vermögensstrukturen als steuerlich intransparent, und zwar

nach klaren und im Abkommen festgelegten Kriterien. Dies entspricht einer Kernforderung der Treuhänder.

Sie haben den Grossteil der Traktanden bestritten. Wie fühlen Sie sich nach diesem Mammutprogramm?

Ich war mir bewusst, dass ich einige schwere Brocken im Landtag zu vertreten habe. Jetzt bin ich wirklich froh, dass der Landtag diese wichtigen Vorlagen positiv aufgenommen hat. Für mich persönlich ist das ein grosser Erfolg. Dies verdanke ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche mich bei der Erarbeitung und Vorbereitung tatkräftig unterstützt haben.

Polizei sucht Zeugen

Eine Kiste Wein aus Lieferwagen geklaut

TRIESEN Eine unbekannte Täterschaft stahl am Dienstagabend in Triesen Wein aus einem Lieferwagen in Triesen. Wie die Landespolizei am Mittwoch mitteilte, entstand ein Vermögensschaden in der Höhe von etwa 1800 Franken. Zwei Herren beluden demnach gegen 21.40 Uhr an der Landstrasse einen Lieferwagen mit Weinkisten. Während sie weitere Flaschen aus dem Haus holten, nahm sich die Täterschaft eine Kiste aus dem Fahrzeug. Personen, die Angaben zur Täterschaft machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei (Tel.: +423 236 71 11; E-Mail: info@landespolizei.li) zu melden. (red/pd)

2000 Franken Schaden

Anhänger mit Möbeln kippt auf Leitplanke

BAD RAGAZ Am Dienstagmorgen ist auf der Valenserstrasse in Bad Ragaz der Anhänger eines Lieferwagens umgekippt. Er wurde von einem zufällig heranfahrenden Kran wieder auf die Räder gestellt. Verletzt wurde niemand. «Der Sachschaden beträgt etwas mehr als zweitausend Franken», teilte die Kantonspolizei St. Gallen am Mittwoch mit. Diese wog in der Folge die Fahrzeugkombination und stellte Gewichtsüberschreitungen fest, heisst es in der Mitteilung abschliessend. (red/pd)

Junge Menschen stellen ihre Arbeitskraft für ein Jahr in den Dienst einer sozialen Institution

Angebot Seit dem 1. August können junge Menschen aus Liechtenstein und der Region das Freiwillige Soziale Jahr in Liechtenstein absolvieren.

Sozialminister Mauro Pedrazzini empfing am Mittwoch die liechtensteinischen Volontäre und die Repräsentanten des Freiwilligen Sozialen Jahres im Regierungsgebäude, teilte das Ministerium für Gesellschaft mit. «Mit dieser Initiative werden wir in unserer Gesellschaft ein Stück weit sozialer. Für die Zukunft und im Hinblick auf die demografi-

sche Entwicklung unseres Landes ist es sicherlich wichtig, dass die Leistungen der jungen Freiwilligen, gerade im Sozialbereich, von unserer Gesellschaft entsprechend anerkannt und geschätzt werden. Ich begrüsse daher alle derartigen Initiativen und Projekte in Liechtenstein», wird Pedrazzini in der Pressemitteilung vom Mittwoch zitiert.

Die fünf jungen Liechtensteiner stellen im Rahmen dieses Projektes ihre Arbeitskraft in den Dienst einer sozialen Institution in Liechtenstein. Ein Jahr lang beschäftigen sie sich dabei mit sozialen, pflegerischen und handwerklichen Aufgaben in diesem Bereich, etwa im Landesspital, in

Pflegeheimen und Kindertagesstätten. «Die Volontäre bekommen einen qualifizierten Einblick in die Arbeit mit kranken, alten, behinderten oder beeinträchtigten Menschen», heisst es weiter. Darüber hinaus

werden den Freiwilligen demnach wöchentliche Bildungsangebote angeboten, die sie, unabhängig von ihren weiteren beruflichen Schritten, nach dem Freiwilligen Sozialen Jahr gut verwenden können. (red/pd)

ANZEIGE

LIBRACELET



HUBER
WATCHES JEWELLERY

CREATED IN LIECHTENSTEIN | FROM CHF 490.-



Regierungsrat Mauro Pedrazzini traf sich anlässlich des Projekt-Startschusses mit den beteiligten Jugendlichen und Vertretern der Institutionen. (Foto: IKR/Beham)